



Niederschrift

über die Sitzung des

Gemeinderates Ruschberg

Sitzungsdatum: 27. November 2014

Zeit: 19.00 – 20.30 Uhr

Ort: Bürgerhaus

Teilnehmer:

Als Vorsitzender: Ortsbürgermeister Alfred Heu

Die Beigeordneten: Wolfgang Schmitt
Joachim Milbredt

Die Ratsmitglieder:

- | | |
|----------------------|------------------------|
| 1. Wolfgang Schmitt | 8. Lothar Kunz |
| 2. Andreas Heu | 9. Tobis Büstrin-Theiß |
| 3. Joachim Milbredt | 10. Bernd Schneider |
| 4. Reinhold Winand | |
| 5. Timo Christmann | |
| 6. Gerold Martini | |
| 7. Norbert Schneider | |

Von der Verwaltung:

Außerdem anwesend:

Zu der auf heute anberaumten Sitzung des Ortsgemeinderates waren die Mitglieder mit Einladung vom 21.11.2014 unter Mitteilung von Ort und Stunde der Beratung, sowie der Tagesordnung form- und fristgerecht eingeladen worden.

Die oben aufgeführten Mitglieder waren erschienen.

Eine Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung erfolgte nicht.

Die Sitzung war öffentlich.

1. Beratung über die Mustergeschäftsordnung

Die Geschäftsordnung lag mittlerweile allen Ratsmitgliedern vor. Damit alle Ratsmitglieder auch nichtöffentliche Niederschriften erhalten ist eine Änderung nicht erforderlich. Der Rat kann die Aushändigung auch ohne Änderung beschließen.

Vom Vorsitzenden wurde folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gebracht:

„Die Niederschriften über nichtöffentliche Angelegenheiten werden allen Ratsmitgliedern ausgehändigt.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

2. Vergabe Machbarkeitsstudie „Bioenergiedorf“

Hierzu hatte die Verwaltung eine Ausschreibung veranlasst.

Beschlussvorschlag:

„Der billigste Bieter erhält den Zuschlag. IfAS wird mit den Arbeiten betraut.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

3. Info über die Haushaltssituation zum 30.09.2014

Den Ratsmitgliedern wurde mit der Einladung eine Übersicht über die Haushaltslage übersandt. Der Vorsitzende verlas die Stellungnahme der Verwaltung.

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2014 (Zwischenbericht zum 30.09.2014):

Im Ergebnishaushalt ist bei Erträgen von 705.996 Euro und Aufwendungen in Höhe von 753.731 Euro ein Jahresverlust von 47.735 Euro geplant. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der Ergebnishaushalt mit einem Jahresverlust von ca. 27.500 Euro abschließen. Hierbei sind die Abschreibungen und die Auflösungen der Sonderposten bereits mit eingerechnet.

Die Ergebnisverbesserung gegenüber der Planung hat im Wesentlichen folgende Gründe: Im Bereich der Steuern und Umlagen ist 2014 mit einem Überschuss von rund 109.200 Euro kalkuliert. Wegen der Erhöhung der Kreisumlage zum Jahresbeginn 2014 steigt die Umlagenbelastung gegenüber der Planung an. Ebenso ist mit geringeren Schlüsselzuweisungen zu rechnen. Gegenüber der Haushaltsveranschlagung sind jedoch höhere Gewerbesteuererträge eingegangen, die diese Mehrausgaben vollständig abdecken. Bei der Gewerbesteuer besteht die Problematik, dass es noch zu Korrekturen aufgrund geänderter Steuermessbescheide kommen kann die dann Gewerbesteuerrückzahlung zur Folge haben können.

Im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen der Ortsstraßen sind Mehrausgaben von rd. 10.000 Euro entstanden. Hierbei handelt es sich um Kosten die durch notwendige Verkehrsicherungsmaßnahmen entstanden sind.

Beim Forstetat wurde mit einem Defizit von 2.100 Euro kalkuliert. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt diese bei rd. 5.300 Euro. Zu erwarten sind jedoch noch Erlöse aus dem Holzverkauf die das geplante Ergebnis voraussichtlich relativieren.

Beim Bürgerhaus wurde in der Haushaltsplanung mit einem Defizit von rd. 47.000 Euro gerechnet. Das Defizit zu jetzigen Zeitpunkt liegt bei rd. 45.000 Euro.

Die übrigen im Doppelhaushalt 2013/2014 veranschlagten Ausgabenermächtigungen sind zur Zeit größtenteils eingehalten.

Das Gesamtergebnis wird sich wahrscheinlich noch etwas Verschlechtern, da im Bereich der Straßenbeleuchtung für 2014 bisher noch keine Kostenanforderung des Stromlieferanten eingegangen ist. In der Planung sind hierfür zusammen 20.000 Euro vorgesehen. Diese sind bei o.g. voraussichtlichem Jahresverlust noch nicht berücksichtigt. Ebenso sind die Kosten der Forstzweckverbandsumlage noch nicht mit eingerechnet.

Konkrete Zahlen können hier jedoch erst zum Jahresende genannt werden.

Bis heute gelangten im Jahr 2014 Investitionen von rund 140.000 Euro zur Auszahlung.

Eine Beratung erfolgte nicht.

4. Beratung Teilbereich Windkraft im Raumordnungsverfahren

Den Ratsmitgliedern wurde eine vierseitige Information mit Beschlusslage mit der Einladung übersandt.

Hier wurden die bisherigen Schritte aus 2010 – 2012 dargestellt.

Am 28.10.2014 erörterte der Mitarbeiter der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe, Herr Bodo Sontheimer, die Neuaufstellung des Regionalplanes. Die Frist zur Abgabe von Anregungen wurde bis zum 31.12.2014 verlängert. Sofern Ortsgemeinden einen Beitrag zur Stellungnahme der VG leisten wollen, sollen diese zeitnah nach Beratungen im Gemeinderat erfolgen.

Dies war der Aufhänger, um die Planung der Ortsgemeinde Ruschberg nochmals einer Betrachtung zu unterziehen.

In der sich anschließenden ausgiebigen Diskussion wurde von verschiedenen Seiten die finanzielle Bedeutung von WKA für die Ortsgemeinde betrachtet. Durch die vielen Aufgaben der Gemeinde, die durch Umlagenerhöhungen, insbesondere der Kreisumlage, erheblich erschwert werden war der überwiegende Tenor, dass man das ursprüngliche Ziel aus 2010, nämlich die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde sicherzustellen, wieder aufgreifen sollte. Insbesondere sei ja den Gegner der WKA im Sommer 2011 mit der Reduzierung von 5 auf 4 Anlagen bezüglich des Mindestabstandes entgegengekommen. Auch das geplante Housing-Projekt steht nicht mehr zur Debatte. Es wurde auch auf den einstimmig getragenen Beschluss vom 23.10.2012 bezüglich Abwägungsmängel im Aufstellungsverfahren hingewiesen.

Für Ratsmitglied Büstrin-Theiß sind die damals erbrachten 260 Unterschriften gegen WKA von Bedeutung für seine ablehnende Haltung. Die Aufklärung der Bevölkerung sei unzureichend gewesen. Er verlangte nach der Abstimmung, dass seine abweichende Meinung protokolliert werde. Dem wird hiermit genüge getan. Seiner Erklärung entgegnete der Vorsitzende, dass in öffentlichen Ratssitzungen, zwei Einwohnerversammlungen und sehr zahlreichen Informationsschreiben des Rates eine umfassende Unterrichtung erfolgt sei. Bei der Unterschriftenaktion sei den Bürgern allerdings Einiges unterschlagen worden, sodass diese Aktion keine Bedeutung für die Entscheidungsfindung des Rates hatte. Dass ausgerechnet Herr Büstrin-Theiß, als WKA-Gegner, selber den Bau einer WKA auf seinem Gelände beantragt hatte ist im Zusammenhang mit seinen Einlassungen wenig nachvollziehbar.

Der Beschlussvorschlag des Ortsbürgermeisters, der mit der Einladung versandt wurde, kam unverändert zur Abstimmung:

Die Ortsgemeinde Ruschberg stellt den Antrag an die Verbandsgemeinde den Flächennutzungsplan – Teilbereich Windkraft- dahingehend zu ändern, dass die Überlegungen der Gemeinde aus dem Jahr 2011 Berücksichtigung finden.

Die Gründe im Einzelnen:

- Den Forderungen der Bürgerschaft nach einem Mindestabstand von 1000 Metern zur Wohnbebauung wurde durch Reduzierung von 5 auf 4 Anlagen Rechnung getragen.
- Das Housing-Projekt „Town Houses“ der US-Army wurde schon im Sommer 2012 aufgegeben, sodass auch hier keine Entfernungsbeschränkungen vorliegen.
- Militärische Belange des Truppenübungsplatzes werden bei der Planung berücksichtigt.

Sollten hierzu Anregungen im RP erforderlich sein, so wird um entsprechende Stellungnahme der VG im Anhörungsverfahren gebeten.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

5. Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende informierte über:

- die Bildung von Fraktionen der CDU und FWG
- die Lieferung des Sand-Wasser-Spielgerätes
- die offizielle Einweihung der Bahnstrecke Heimbach-Baumholder am 06.12.2014
- die Kosten der Wartungsarbeiten am Geschirrspüler im Bürgerhaus
- die Grabmalüberprüfung durch ein Sachverständigenbüro
- Einsparungsmöglichkeiten bezüglich Straßenbeleuchtung im Heimmelberg
- die Arbeitskrise im DEP (Tagung am 12.01.2015)

Aus den Reihen des Rates wurden folgende Anregungen gegeben:

- Beigeordneter Joachim Milbredt bat um Überprüfung des Sargabsenkungsgerätes
- Beigeordneter Wolfgang Schmitt sprach den Gerätenachweis für die Grundschule an. Die Verwaltung wird gebeten das Sportgerät nach Heimbach zu bringen.
- Desweiteren soll der Hausmeister vor und nach der Hallenbenutzung durch Vereine oder Mieter eine Abnahme durchführen.
- Wolfgang Schmitt fragte auch nach dem Sachstand AÖR. Hier werden in Kürze Informationen durch die AÖR erwartet.
- Andere Anfragen wurden direkt beantwortet.

6. Einwohnerfragestunde

Fragen aus den Reihen der Zuhörer wurden direkt beantwortet.

.....
Vorsitzender

.....
Schriftführer